

Zusammenfassende Erklärung

zum Bebauungsplan Nr. 073 „Solarpark Hedemünden“

nach Satzungsbeschluss
gem. § 10 BauGB

Stadt Hann. Münden

Impressum

Auftraggeber:

Stadt Hann. Münden

Böttcherstraße 3, 34346 Hann. Münden

Auftragnehmer:

Sweco GmbH

Postfach 34 70 17
28339 Bremen

Karl-Ferdinand-Braun-Straße 9
28359 Bremen

Bearbeitung:

Dipl.-Ing. Michael Brinschwitz

Inhaltsverzeichnis

1	Vorbemerkungen	1
2	Teil A: Berücksichtigung der Umweltbelange	1
3	Teil B: Berücksichtigung der Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung	3
4	Teil C: Gründe für die Wahl des Plans	6

1 Vorbemerkungen

Nach der aktuellen Gesetzeslage ist dem Bebauungsplan eine „zusammenfassende Erklärung beizufügen über die Art und Weise, wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung im Bebauungsplan berücksichtigt wurden und über die Gründe, aus denen der Plan nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten gewählt wurde“ (vgl. §10a BauGB).

Die vorliegende zusammenfassende Erklärung gemäß §10a Baugesetzbuch wird aus Gründen der Übersichtlichkeit in drei Teile aufgeteilt:

Im Teil A wird auf die Berücksichtigung der Umweltbelange in dem Planverfahren eingegangen.

Im Teil B sind die wesentlichen Anregungen und Bedenken der Behörden und Träger öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit aus den durchgeführten Beteiligungsverfahren zusammengefasst. In diesem Teil sind die relevanten Ergebnisse aus der Abwägung wiedergegeben, welche wesentliche Auswirkungen auf den Planentwurf hatten.

Im Teil C werden die Ergebnisse der Prüfung von Alternativen dargelegt. Abschließend wird in der Zusammenfassung erläutert, aus welchen Gründen die Entscheidung für diesen Plan in seiner vorliegenden Ausführung getroffen wurde.

2 Teil A: Berücksichtigung der Umweltbelange

Anlass und Zielsetzung des Bauleitplanverfahrens:

Die Stadt Hann. Münden hat beschlossen für den Betrachtungsbereich den Bebauungsplan Nr. 073 „Solarpark Hedemünden“ am nördlichen Siedlungsrand des Ortsteils Hedemünden aufzustellen. Da der Bebauungsplan aktuell nicht gem. § 8 Abs. 2 BauGB aus dem rechtswirksamen Flächennutzungsplan der Stadt Hann. Münden entwickelt werden kann, wird der Flächennutzungsplan im Rahmen der 6. Änderung im Parallelverfahren geändert.

Die Versorgungsbetriebe Hann. Münden beabsichtigen die Errichtung einer Photovoltaik-Freiflächenanlage für deren Errichtung die Schaffung des erforderlichen Bauplanungsrechtes erforderlich ist. Das entsprechende Vorhaben kann für die Stadt Hann. Münden im Hinblick auf die zukünftige Bereitstellung erneuerbarer Energiequellen einen wichtigen Beitrag leisten. Beim Betrachtungsgebiet handelt es sich um eine Fläche im Außenbereich. Nach aktueller Rechtslage zählt eine PV-Freiflächenanlage nicht zu den privilegierten Vorhaben im Außenbereich, auch wenn es gem. § 35 (1) Nr. 3 BauGB der öffentlichen Versorgung mit Elektrizität dient. Somit ist die Aufstellung eines Bebauungsplanes erforderlich, um die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Errichtung einer Freiflächensolaranlage zu schaffen. Die Freiflächenanlage soll als Sondergebiet nach § 11 Abs. 2 BauNVO planungsrechtlich gesichert werden.

Die 2,9 ha umfassende Fläche, die für die Entwicklung des Solarparks herangezogen werden soll, befindet sich im Ortsteil Hedemünden zwischen dem Gewerbegebiet Hedemünden im Süden und der Autobahn BAB 7 im Norden. Die Fahrbahn der Autobahn verläuft im Abstand von etwa 40 Metern parallel zur geplanten Fläche.

Die vorgesehene Fläche für Solarmodule umfasst etwa 2,6 ha innerhalb der festgesetzten Baugrenzen. Die Anlage wird aus reihig angeordneten, aufgeständerten, nicht beweglichen Solarmodulen sowie den

erforderlichen Nebeneinrichtungen (Wechselrichter, Trafostationen, Monitoringcontainer, Übergabestation, Kameramast, Zaun und Leitungen) bestehen. Die Gestelle der Module werden in den unbefestigten Untergrund gerammt, dadurch wird der Versiegelungsgrad im Plangebiet auf ein Minimum begrenzt. Der nördliche Bereich des „Sonstigen Sondergebiets“ gem. § 11 BauNVO mit Zweckbestimmung „Solarpark“ umfasst eine Fläche von 1,50 ha und wird nicht mit Modulen ausgestattet. Für diesen Bereich ist eine extensive Grünfläche vorgesehen.

Die äußere verkehrliche Erschließung des Plangebietes wird durch einen nicht öffentlichen Weg gesichert der von der Straße „Am Rischenbach“ abgeht und als „Feldmarksweg“ bezeichnet wird. Dabei handelt es sich um einen der Land- und Forstwirtschaft dienenden Weg.

Die Konzeption sieht vor, dass die Photovoltaikmodule nach Süden hin ausgerichtet werden, sodass eine optimale Nutzung der Sonnenenergie gewährleistet werden kann.

In den textlichen Festsetzungen wird die Höhe der baulichen Anlagen festgesetzt. Es wird festgesetzt, dass die niedrigste Stelle der Solarmodule mindestens **0,80 m** zum Boden beträgt, um eine durchgehende Vegetation sicherzustellen und die mögliche Verletzungsgefahr von Schafen zu minimieren und die Belichtung dieser Bereiche gewährleistet werden kann. Die maximale Höhe von baulichen Anlagen beträgt für die Solarmodule **3,00 m** über dem gewachsenen Gelände. Für weitere bauliche Anlagen beträgt die maximale Gebäudehöhe **4,00 m** über dem gewachsenen Gelände, dies kann die Firsthöhe eines geneigten Daches sein sowie die Höhe der Oberkante der Attika eines Flachdaches. Zudem können Kameramasten und Beleuchtungsmasten bis zu einer Höhe von maximal **8,00 m** über dem Bezugspunkt errichtet werden. Diese dienen zur Überwachung und Sicherung des Areals und der darauf befindlichen Solarmodule vor Diebstahl. Der Bezugspunkt für die Festsetzung der Höhe baulicher Anlagen ist die jeweils gewachsene Geländehöhe.

Umweltprüfung:

Eine Umweltprüfung wurde zu dem Bebauungsplan durchgeführt, die ihren Ausdruck im Umweltbericht gemäß § 2a und § 2 (4) BauGB findet. Im Rahmen dieser Umweltprüfung wurden die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen bei der Aufstellung des Bebauungsplans ermittelt und bewertet. Die einzelnen Schutzgüter wurden auf eine mögliche erhebliche Beeinträchtigung geprüft.

Im Umweltbericht werden die im Bebauungsplanverfahren vorgesehenen wesentlichen umweltplanerischen Aspekte aufgeführt. Zusammenfassend lässt sich folgendes ableiten:

Der Bebauungsplan verfolgt das Ziel insbesondere im Interesse des Klima- und Umweltschutzes eine nachhaltige Entwicklung der Energieversorgung zu ermöglichen, die volkswirtschaftlichen Kosten der Energieversorgung auch durch die Einbeziehung langfristiger externer Effekte zu verringern, fossile Energieressourcen zu schonen und die Weiterentwicklung von Technologien zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien zu fördern. Zu den regenerativen Energiequellen ohne CO₂-Ausstoß zählt unter anderem die Energie aus Sonnenlicht. Die geplanten Photovoltaikanlagen (PVA) dienen dazu, das Sonnenlicht in nutzbaren Strom umzuwandeln.

Für die Errichtung des Solarparks ist die Fläche nordwestlich im Bereich der BAB 7 vorgesehen, die aktuell als intensiv bewirtschafteter Acker landwirtschaftlich genutzt wird. Schutz- und Vorranggebiete sind im Betrachtungsbereich und im direkten Umfeld nicht vorhanden, so dass Auswirkungen auf entsprechende Gebiete ausgeschlossen werden können. Die Fläche eignet sich somit ganz besonders für die nachhaltige Form der Energiegewinnung durch Solarenergie, da die Fläche für keine baulichen Entwicklungen, beispielsweise Wohnbebauung, genutzt werden kann. Alternativflächen für die Entwicklung eines neuen Standortes sind aktuell nicht vorhanden.

Da die Fläche landwirtschaftlich genutzt wird, ist diese nicht von Bedeutung für die landschaftsgebundene Erholung. Durch den Solarpark sind insbesondere erhebliche Eingriffe in das Landschaftsbild und Beeinträchtigungen der landschaftsgebundenen Erholung festzustellen. Darüber hinaus führen die Versiegelung durch Betriebs- und sonstige technische Nebengebäude, die Herrichtung von Zuwegungen sowie die Überbauung des Gebietes mit Solarmodule ebenfalls insbesondere bei den Schutzgütern Fläche, Boden, Wasser und Klima/Luft zu Beeinträchtigungen. Diese Eingriffe sind allerdings so geringfügig, dass diese nachrangig zu betrachten sind und den überwiegend positiv eintretenden Effekten gegenüberstehen.

Zur Minderung der Eingriffe in das Landschaftsbild sind Maßnahmen zur Abgrenzung des neuen Entwicklungsbereiches zur freien Landschaft und einem möglichst harmonischen Einfügen in das Landschaftsbild zu berücksichtigen.

Bei der Gegenüberstellung der zu erwartenden Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft und deren Kompensationsnotwendigkeit auf Ebene der verbindlichen Bauleitplanung wird deutlich, dass mit der Umsetzung des Vorhabens zwar ein Kompensationsdefizit vorliegt, aber auch eine ökologische Aufwertung des Standortes erfolgt.

Im Rahmen der Festsetzungen zum Bebauungsplan sind Maßnahmen, wie die Eingrünung des Solarparks in den Landschaftsraum durch Pflanzflächen und die Begrünung der Fläche durch Einsaat mit Reio-Saatgut vorgenommen worden.

Die Eingriffe in Natur und Landschaft werden nach dem Verursacherprinzip (§ 15 BNatSchG) innerhalb einer bestimmten Frist durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege ausgeglichen. Für die erforderlichen externen Kompensationsmaßnahmen steht bei der Stadt Hann. Münden ein Ökokonto zur Verfügung, mit dessen Hilfe erforderliche Ausgleichsmaßnahmen umgesetzt werden können. Der Eingriff ist im Ökokonto als E 27 eingetragen. Die Teilflächennummer ist die StWa-F 18 WU Steinbach. Dort ist die Ausgleichsmaßnahme unter der Maßnahmennummer K 22 eingetragen worden. Es handelt sich dabei um einen monotonen Fichtenbestand, der in einen Traubeneichenwald mit einem breiten Waldaußenrand aus heimischen Straucharten umgewandelt worden ist. Die Fläche liegt in der Gemarkung Staufenberg, Flur 1, Teilflurstück 213/ 72, Abt. 18 a1 (tlw.).

Abschließend ist einzuschätzen, dass, wenn die Empfehlungen der Potenzialabschätzung nach § 44 BNatSchG vollständig berücksichtigt werden, keine Biodiversitätsschäden im Sinne von § 19 BNatSchG bzw. im Sinne des Umweltschadengesetzes zu erwarten sind.

3 Teil B: Berücksichtigung der Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung

Die Ergebnisse der durchgeführten Beteiligungsverfahren mit der frühzeitigen Beteiligungsverfahren gemäß §§ 3 (1) und 4 (1) BauGB (13.07. - 21.08.2020), das Verfahren der Offenlage gemäß §§ 3 (2) und 4 (2) BauGB (30.11. - 08.01.2021) werden in der nachfolgenden Zusammenfassung thematisiert.

Im **frühzeitigen Beteiligungsverfahren nach § 4 (1) BauGB** wurden von den Behörden und den beteiligten Trägern öffentlicher Belange die nachfolgenden wesentlichen Anregungen und Bedenken vorgetragen und entsprechend der nachfolgenden Erläuterungen gewürdigt:

Die Stellungnahme des **Landkreises Göttingen, Fachbereich Bauen** vom 06.08.2020 hatte folgende zentrale Inhalte: Die Anregungen des Fachbereiches Bauen beinhaltet Hinweise zum Immissionschutz und Brandschutz. Diese adressierten zum einen die Blendwirkung der PV-Module sowie die Sicherstellung der Löschwasserversorgung und Zuwegung. Der Fachbereich Umwelt äußert sich zum Naturschutz

allgemein und sieht unter anderem die geplanten Bewirtschaftungs- bzw. Pflegemaßnahmen noch nicht hinreichend festgesetzt. Dabei wird eine Ergänzung zur in der grünordnerischen Festsetzung 3.3.2 genannten „mesophilen Grünland“ gegeben, die in der Festsetzung gesichert werden soll. Ebenfalls adressiert der Fachbereich Umwelt den Wertfaktor für den Kompensationsüberschuss. Aufgrund der gleichzeitigen und vorrangigen Nutzung der Grünlandfläche als PV-Anlage werde die Entwicklungsmöglichkeit und damit auch der Wert der Fläche für den Naturhaushalt stark eingeschränkt. Zudem werde die Wirkung auf das Landschaftsbild durch die technischen Anlagen stark überprägt. Durch genannte Einschränkungen sei fraglich, ob der in der Bilanzierung angesetzte Wertfaktor 1,5 gerechtfertigt sei oder reduziert werden müsse. Es könne festgestellt werden, dass die vor Ort vorgesehenen Kompensationsmaßnahmen auch bei Reduzierung des Wertfaktors insgesamt ausreichend sind, um die beeinträchtigten Funktionen von Naturhaushalt und Landschaftsbild auszugleichen. Ergänzend werden Aussagen zum nördlichen Teilbereich des Plangebietes gemacht. Diese betreffen die Aussagen zur künftigen Nutzung und Ausgestaltung des B-Plan-Gebietes, die im Wesentlichen auf den südlichen Teilbereich mit der PV-Aufstellfläche und anschließende Strauchhecke beschränkt seien. Während das Gesamtgebiet des B-Plans 4,6 ha Fläche umfasst, werden in der Bilanzierung lediglich 3,07 ha Fläche aufgeführt. Es fehlen textliche Festsetzung und Erläuterungen betreffend der 1,5 - 1,6 ha großen Fläche im Randbereich der Autobahn (innerhalb 40m Streifen von Fahrbahngrenze A7). Auf Seite 20 der Begründung wird ausgeführt, dass für diesen Bereich eine extensive Grünlandfläche vorgesehen ist. Es ist jedoch unklar, ob dieser Bereich in gleicher Art und Weise angesät und bewirtschaftet werden soll wie der Bereich unter den PV-Modulen.

Die Anregungen und Hinweise des Landkreises Göttingen werden berücksichtigt. Änderungen im Bebauungsplan ergeben sich in der Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung. Das entsprechende Defizit kann durch eine Maßnahme des Ökokontos der Stadt Hann. Münden und der Schließung eines entsprechenden städtebaulichen Vertrages ausgeglichen werden.

Die **Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV) Gb Gandersheim** mit Schreiben von 29.07.2020 verweist darauf, dass gern. § 9 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 Bundesfernstraßengesetz (FStrG) in einer Entfernung bis zu 40 Metern entlang der Bundesautobahn Hochbauten jeder Art, also auch Fotovoltaikanlagen, nicht errichtet werden (sog. Anbauverbotszone) dürfen. In einer Entfernung von mehr als 40 bis 100 Metern (sog. Anbaubeschränkungszone) bedarf ihre Errichtung gern. § 9 Abs. 2 S.1 Nr. 1 FStrG der Zustimmung der NLStBV. Die Stellungnahme des NLStBV wird berücksichtigt. Die Anbauverbotszone wird aus dem Geltungsbereich des Bebauungsplanes herausgenommen.

Seitens des **LGLN Regionaldirektion Hameln – Hannover, Kampfmittelbeseitigungsdienst** wurde in seiner Stellungnahme vom 22.07.2020 vorgetragen, dass nicht unterstellt werden kann, dass keine Kampfmittelbelastung im Planungsbereich vorliegt. Konkreter Kampfmittelverdacht wird im Plangebiet nach durchgeführter Luftbildauswertung nicht vermutet.

Das **Landvolk Göttingen** äußerte im Schreiben 12.08.2020 Bedenken zum Flächenverbrauch durch das geplante Vorhaben. Die landwirtschaftlichen Flächen sind schützenswert, daher werden Zielkonflikte mit dem LROP gesehen. Im Kapitel 3.2.1 „Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei“ ist festgesetzt, dass „Die Landwirtschaft in allen Landesteilen als raumbedeutsamer und den kulturlandschaftsprägenden Wirtschaftszweig erhalten und in ihrer sozio-ökonomischen Funktion gesichert werden soll“. Die Anregungen des Landvolk Göttingen werden zur Kenntnis genommen. Die Stadt Hann. Münden lässt die planungsrechtliche Sicherung zur Errichtung einer PV-Anlage durch ebenfalls im LROP Kapitel 4.2 festgelegte Aussagen zur Energie höher gewichten als die Sicherung der landwirtschaftlich genutzten Fläche innerhalb des Betrachtungsraumes.

Die **Teilungs- und Verkoppelungsinteressentenschaft Hedemünden** hat in ihrem Schreiben vom 31.07.2020 die Bedenken geäußert, dass es sich für die Erschließung über den vom Weg „Am Rischenbach“ in östlicher Richtung abgehenden Weg unterhalb der Autobahn um eine beitragspflichtige Fläche der hiesigen Teilungs- und Verkoppelungsinteressentenschaft handelt. Die Zufahrt zu dem geplanten Solarpark ist folglich ausschließlich über den nicht öffentlichen und allein der Land- und Forstwirtschaft die-

nenden Feldmarksweg möglich. Die Hinweise der Teilungs- und Verkoppelungsinteressentenschaft Hemdünden werden zur Kenntnis genommen. Sollten zur Errichtung der Anlagen nicht öffentliche Wege genutzt werden müssen, so sind die Eigentümer bzw. Eigentümerinnen frühzeitig mit einzubinden. Werden die genutzten Wege beansprucht, so sind diese anschließend wieder in ihren ursprünglichen Zustand, wie vor der Nutzung durch den Verursacher zurückzuführen und wiederherzustellen.

Weitere Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange haben keine Anregungen oder Bedenken geäußert, die die Planungsinhalte der Änderung des Bebauungsplanes betreffen.

Aus der Öffentlichkeit wurde keine Stellungnahme im Rahmen der **frühzeitigen Beteiligung gem. § 3 (1) BauGB** eingebracht.

Im Rahmen der **Offenlage gem. § 4 (2) BauGB** wurden von den Behörden und den beteiligten Trägern öffentlicher Belange die nachfolgenden wesentlichen Anregungen und Bedenken zum Bebauungsplanverfahren vorgetragen:

Die Naturschutzbehörde des **Landkreises Göttingen, Fachbereich Bauen**, hat in ihrem Schreiben vom 07.01.2021 folgende Stellungnahme eingereicht: Aufgrund der Benennung der Lage der Pflanzflächen an der „nordwestlichen sowie südöstlichen Grenze“ sowie der Festlegung einer zweireihigen Hecke nimmt die Festsetzung 3.31 anscheinend lediglich auf die 5m breiten Pflanzzonen an den Querseiten des Sondergebiets Bezug. Dieser Eindruck wird durch die in der Bilanzierung im Umweltbericht zugeordnete Flächengröße von lediglich 383 m² bestärkt. Gemäß zeichnerischer Darstellung sind jedoch auch an den Längsseiten, d.h. an Süd- und Nordseite des Sondergebiets schmalere Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern vorgesehen (im Süden 3m Breite, im Norden < 3m Breite). In diesen schmaleren Pflanzzonen ist lediglich eine einreihige Strauch-/Baum-Anpflanzung möglich. Auch für diese Teile der Maßnahmenfläche 1 ist eine konkrete Beschreibung erforderlich. Die textliche Festsetzung 3.31 sowie die zugehörigen Erläuterungen in der Begründung und im Umweltbericht sind entsprechend zu ergänzen. In der Festsetzung 3.51 wird auf beigefügte Maßnahmenkarteien verwiesen, die die Umsetzung und Ausführung der Maßnahmen der Festsetzungen unter 3. eindeutig definieren. Genannte Maßnahmenkarteien sind in den vorliegenden Unterlagen nicht enthalten oder nicht aufzufinden. Somit fehlen z.B. bei Festsetzung 3.32 wichtige Zusatzeinschränkungen, die in der Begründung zum B-Plan auf Seite 22-23 und im Umweltbericht auf Seite 54-55 genannt. Zur erforderlichen Konkretisierung der Maßnahmen sind die angekündigten Maßnahmenkarteien beizufügen. Die Bodenschutzbehörde äußert keine Bedenken. Die Anregungen werden zur Kenntnis genommen, die Maßnahmendatei ergänzt und eine Anpassung der Signatur der Flächen für die Festsetzungen von Pflanzmaßnahmen vorgenommen. Inhaltliche Änderungen ergeben sich im Bebauungsplan dadurch nicht.

Seitens der **Stadtverwaltung Hann. Münden, Bereich 3: Recht, Gesellschaft, Sicherheit und Ordnung** wurde in der Stellungnahme vom 15.12.2020 wurden Bedenken zur Löschwasserversorgung geäußert. Grundsätzlich sei festzuhalten, dass der Feuerwehr beim Thema Photovoltaik die Erfahrungswerte (Vergleichsmöglichkeiten) fehlen. Zur Überprüfung, ob die Löschwasserversorgung für ein solches Objekt überhaupt sichergestellt ist, sollten die drei dem Solarpark am nächsten liegenden Hydranten überprüft werden, ob diese im Brandfall für eine so große Anlage auch ausreichend Löschwasser liefern würden. Betroffen sind:

- Hydrant 546h011: Westlich des Solarparks in der Straße am Rischenbach, vor der Autobahnbrücke;
- Hydrant 1012h002: Südlich des Solarparks im Wendehammer der Straße zum Lichtblick;
- Hydrant 1014h001: Südlich des Solarparks in der Hans-Heiner-Müller-Allee, an der Westlichen GG des Salzlagers.

Die Löschwasserversorgung muss im Rahmen der Errichtung einer PV-Anlage aufgezeigt und entsprechend gesichert werden. Gleiches gilt für die Erreichbarkeit der Anlage. Die ebenfalls im Zuge der Entwicklung von baulichen Maßnahmen zu berücksichtigen sein wird.

Die **Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV) Gb Gandersheim** mit Schreiben von 10.12.2020 verweist darauf, dass die unter 4.12 (2) „Nachrichtliche Übernahme“ aufgeführte Einzelprüfung zur Nutzung der Anbauverbotszone nicht richtig sei. Die Anregung des NLStBV wird zur Kenntnis genommen und eine Klarstellung in die Begründung aufgenommen, sowie diese Ergänzung aus der Beschreibung der nachrichtlichen Übernahme unter Pkt. 5.1.1 der Festsetzungen herausgenommen.

Aus der Öffentlichkeit wurde **eine** Stellungnahme eingebracht. Diese betrifft eine Frage zur Oberflächenversiegelung und die damit einhergehenden Veränderung der Regenwasserversickerung. Grundsätzlich ergibt sich durch die Besetzung der Fläche mit PV-Anlagen nur eine geringfügige zusätzliche Versiegelung auf der Fläche selbst. Es stehen somit grundsätzlich weiterhin ausreichend Flächen für eine Versickerung zur Verfügung. Der Bebauungsplan setzt in diesem Zusammenhang fest, dass unterhalb der Anlagen ein Extensivrasen anzulegen ist, der für eine Vegetationsschicht sorgt und somit die Aufnahme von Oberflächenwasser gestärkt und Erosion bestmöglich verhindert werden kann.

Weitere Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange haben keine Anregungen oder Bedenken geäußert, die die Planungsinhalte der Änderung des Bebauungsplanes betreffen.

4 Teil C: Gründe für die Wahl des Plans

Die Stadt Hann. Münden hat sich für die Aufstellung der 6. Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren mit dem Bebauungsplan Nr. 073 entschlossen, um die Grundlage für die Möglichkeiten zur Errichtung einer PV-Freiflächenanlage zu schaffen. Somit kann zukünftig entlang der Bundesautobahn ein Beitrag zur Erzeugung von erneuerbaren Energien geleistet werden.

Unter Berücksichtigung der aktuellen Rahmenbedingungen und der Auswirkungen auf den Klimawandel sind Maßnahmen erforderlich die erneuerbaren Energien auszubauen. Flächen entlang von großen Infrastrukturmaßnahmen, wie zum Beispiel einer Autobahn, können dabei einen großen Beitrag leisten. Die Auswirkungen auf das Landschaftsbild sind bereits durch die Straßeninfrastruktur geprägt und das vorhandene Gewerbegebiet unmittelbar angrenzend hat den Betrachtungsbereich ebenfalls bereits heute stark geprägt.

Die Gründe des Planverfahrens lassen sich aus den in der zusammenfassenden Erklärung erläuterten Sachverhalten ableiten.

Die Wahl des Plans erfolgte im Wesentlichen aus den erläuterten städtebaulichen, wirtschaftlichen und umweltbezogenen Gründen. Die verschiedenen Belange der übergeordneten Planungsebenen, der Behörden und beteiligten Träger öffentlicher Belange sind im Rahmen der kommunalen bauleitplanerischen Abwägung berücksichtigt worden.